



081/95

6. Juni 1995

HOCHSCHULSTELLEN IN KÜRZE FREI

Wissenschaftsministerin Hohmann-Dennhardt: Hochschulen erhalten Planungssicherheit bis 1999

WIESBADEN - Wie Hessens Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, heute angekündigt hat, werden die hessischen Hochschulen in der nächsten Woche wieder frei über ihre Personalstellen verfügen können. "Das Kabinett wird in Kürze einen Beschluß über die in der Landesverwaltung erforderlichen Stellenkürzungen fassen, der es mir erlaubt, die jetzt noch geltenden Einschränkungen bei der Stellenbewirtschaftung für Universitäten, Fachhochschulen und Universitätskliniken aufzuheben", erklärte die Ministerin in Wiesbaden.

Ministerin Hohmann-Dennhardt hob besonders hervor, daß der Kabinettsbeschluß es möglich machen werde, den Hochschulen einen mehrjährigen Rahmen für die Personalplanung zu eröffnen. Allein diese Planungssicherheit bis 1999 sei eine wichtige Verbesserung für die Arbeit der Hochschulen.

Darüber hinaus kann die Stelleneinsparung nach Angaben der Ministerin so an die einzelnen Hochschulen weitergegeben werden, daß deren jeweilige Situation angemessen berücksichtigt wird. Während in der übrigen Landesverwaltung pro Jahr ungefähr 0,5 Prozent des Stellenbestandes abgebaut werden müssen und jede freiwerdende Stelle ein halbes Jahr unbesetzt bleibt, gilt für Hessens Hochschulen folgende Sonderregelung:

- * Die Universitäten müssen von 1995 bis 1999 ca. 270 ihrer knapp 14.000 Stellen einsparen; dem stehen allerdings 166,5 bisher befristete und vom Bund finanzierte Stellen gegenüber, die das Land auf eigene Kosten unbefristet weiterführt.

- * Die Fachhochschulen, die Gesamthochschule Universität Kassel, die Musikhochschule Frankfurt und die Hochschule für Gestaltung Offenbach bleiben in ihrem Stellenbestand ungeschmälert.
- * Die Universitätskliniken werden mit rund 180 ihrer gut 12.000 Stellen herangezogen.
- * Während den anderen Verwaltungen für die Halbjahressperre feste Sperrmonate vorgegeben sind, müssen die Hochschulen einen bestimmten Betrag - insgesamt 23 Mio Mark jährlich - bei ihren Personalausgaben erwirtschaften.

"Damit", so Ministerin Hohmann-Dennhardt, "haben es die Hochschulen vollständig in der Hand, wo, wie und wann sie Stellen eine gewisse Zeit lang freihalten. Sie leisten damit ihren Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts, ohne daß Forschung und Lehre unnötig darunter leiden."